

EntschlieÙung zu Belarus

IndustriALL Global Union verurteilt die Auflösung der unabhängigen Gewerkschaften in Belarus und fordert die Freilassung aller Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

Der dritte Kongress von IndustriALL Global Union, der am 14. und 15. September 2021 stattfand, verabschiedete einstimmig eine EntschlieÙung mit dem Titel "Stoppt die Zerstörung der Zivilgesellschaft und schützt die Rechte der unabhängigen Gewerkschaften in Belarus" angesichts der manipulierten Wahlen sowie der massiven Unterdrückung, Gewalt und Folter gegen friedliche Demonstranten, die Zivilgesellschaft und insbesondere gegen unabhängige Gewerkschaften durch die belarussischen Behörden.

Die rigorose Verfolgung der demokratischen Gewerkschaftsbewegung geht weiter. Gewerkschaftsbüros und Wohnungen von Gewerkschaftsführerinnen, Gewerkschaftsführern, Aktivistinnen und Aktivisten wurden mehrfach durchsucht, ihre Mobiltelefone und Laptops wurden beschlagnahmt. Gewerkschaftsführer, -aktivisten und -mitglieder wurden verhört und inhaftiert.

Der Versuch eines Warnstreiks im weißrussischen Hüttenwerk führte zum Beispiel zu zweieinhalb bis drei Jahren Gefängnis für die drei aktiven Gewerkschafter Ihar Povarau, Aliaksandr Babrou und Yauhen Hovar. Hunderte von Gewerkschaftsmitgliedern wurden wegen zivilen Engagements zu Geldstrafen verurteilt. Viele verloren ihren Arbeitsplatz, da ihre Verträge nicht verlängert wurden.

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen gibt es in Belarus derzeit über 1350 politische Gefangene. Diese Zahl steigt weiter an. Unter ihnen befinden sich mehr als drei Dutzend Führungskräfte und Mitglieder unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften, darunter auch von IndustriALL-Mitgliedsorganisationen.

Im April 2022 führte ein massiver Angriff auf die unabhängige Gewerkschaftsbewegung zur Verhaftung von mehr als zwanzig Führungspersonen und aktiven Mitgliedern des Belarussischen Kongresses der Demokratischen Gewerkschaften (BKDP). Sie wurden inhaftiert, weil sie ihr legitimes Recht auf Vereinigungsfreiheit wahrgenommen hatten. Ihre Verhaftung stellt eine schwere Verletzung ihrer grundlegenden Menschenrechte dar.

Die meisten der verhafteten Personen befinden sich bis heute in Untersuchungshaft. Einige von ihnen wurden bereits zu langen Haftstrafen verurteilt, bei anderen werden die Gerichtsverfahren demnächst eingeleitet. Nach wie vor werden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter festgenommen.

Am 18. Juli beschloss der Oberste Gerichtshof des Landes, den Belarussischen Kongress der Demokratischen Gewerkschaften (BKDP) und seine vier Mitglieder - die Belarussische Unabhängige Gewerkschaft (BITU oder BNP), die Gewerkschaft der Radio- und Elektroniker (REP), die Freie Gewerkschaft von Belarus (SPB) und die Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter (SPM) -, von denen drei IndustriALL angehören, zu liquidieren und aufzulösen.

Die Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaften in Belarus ist politisch motiviert und stellt einen Angriff auf die Demokratie und ihre Institutionen dar.

Der Exekutivausschuss von IndustriALL, der am 15. und 16. November 2022 in Genf, Schweiz, tagte

- verurteilt die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, die unabhängigen Gewerkschaften zu auflösen und erkennt diesen Gerichtsbeschluss nicht an;
- verurteilt die anhaltende Verfolgung von unabhängigen Gewerkschaftsführern, Gewerkschaftsaktivisten und Gewerkschaftsmitgliedern;
- fordert die sofortige Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsführer und -aktivisten und die Einstellung aller gegen sie erhobenen Anklagen;
- gibt bekannt, dass die BITU-BNP, REP und SPM weiterhin Mitglieder von IndustriALL sind;
- drückt seine Solidarität mit der unabhängigen belarussischen Arbeitnehmerbewegung aus;
- verpflichtet IndustriALL, den unabhängigen Gewerkschaften in Belarus weiterhin zu helfen und sie umfassend zu unterstützen, um ihre organisatorische Kontinuität und Integrität zu gewährleisten;
- ruft die IndustriALL-Mitgliedsorganisationen dazu auf, die demokratische belarussische Gewerkschaftsbewegung und die unabhängigen Gewerkschaften weiterhin aktiv und solidarisch zu unterstützen.